

## Beschlussprotokoll II

der 27. Sitzung des Bundesrates vom 7. Juli 1970

### Aussprachen

#### 1. Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Herr Gnägi verweist für die Vorgeschichte der Diskussion auf die Beschlussesprotokolle II der beiden letzten Sitzungen und setzt sich dann vorweg nochmals mit der Stellungnahme des Finanz- und Zolldepartements auseinander, wozu unter dem Datum des 2. Juli 1970 auch eine schriftliche Rückäusserung des Militärdepartements eingegangen ist. Trotz der Einwände des FZD hält das EMD an seinem Antrag fest. Herr Gnägi unterstreicht nochmals, dass nach den ausführlichen Darlegungen seiner Mitarbeiter im Falle des Festhaltens an der Kreditgrenze von 1,3 Milliarden kein moderner Apparat in genügender Zahl beschafft werden kann. Das EMD fordert deshalb eine Erhöhung dieser Kreditlimite. Man hat auch in den parlamentarischen Militärkommissionen darüber diskutiert, wobei keineswegs eine einhellige Ablehnung solch eines Vorgehens festzustellen war. Eine Erhöhung der jährlichen Ausgaben für die Flugzeugbeschaffung um 90 bis 140 Millionen für die Jahre 1972-1974 ist nach Auffassung des EMD tragbar. Herr Gnägi setzt sich in diesem Zusammenhang auch nochmals mit dem Problem, bzw. dem Postulat einer Alternativlösung auseinander. Nach den ersten, persönlichen Aeusserungen von Herrn Nationalrat Schürmann schien es, als wüsste er die Begutachtung von Alternativen durch den Bundesrat. In der Begründung seines Postulates forderte Herr Schürmann aber, dass dem Parlament Alternativlösungen vorgelegt werden. Wenn solch ein Vorgehen Praxis werden sollte, muss man sich fragen, ob die parlamentarische Behandlung inskünftig nicht in zwei Etappen aufgeteilt werden muss.

Herr Celio kann der Auffassung des Militärdepartements bezüglich der Kreditlimite nicht zustimmen. Solange nicht eindeutig feststeht, dass der Betrag von 1,3 Milliarden nicht ausreicht, bietet das FZD nicht Hand zu einer Erhöhung. Auf die einzelnen Probleme des umstrittenen Geschäfts zurückkommend, unterstreicht Herr Celio sodann, dass seines Erachtens von der Konzeption vom 6. Juni 1966 unter keinen Umständen abgewichen werden darf. Das bedeutet, dass jetzt kein Ueberschallflugzeug zu beschaffen ist, sondern ein möglichst wirksamer Apparat für den Einsatz im Erdkampf. Der Chef des FZD setzt sodann einige Fragezeichen zur Evaluation. Wenn man die Herren Schulthess und Studer hört, bekommt man den Eindruck, dass die Evaluation eine rein mathematische Angelegenheit ist, deren Schlüsse zwingend sind. Dies trifft nun aber nicht zu, weil bei der Bestimmung der einzelnen Fragegruppen sowie insbesondere bei der Gewichtung der einzelnen

Positionen doch ganz gewichtige Ermessensfragen hineinspielen. Was die Finanzen anbetrifft, ist zu beachten, dass es neben dem technischen Risiko einer Flugzeugbeschaffung stets auch ein finanzielles gibt: Beim Corsair könnte der Aufwand bis 2 Milliarden steigen, je nachdem, wieviele Flugzeuge des gleichen Typs von andern Staaten noch bestellt werden. Solch eine Erhöhung der Ausgaben für die Flugzeugbeschaffung allein ist aber doch beängstigend, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass auch die andern Anforderungen an den Bund enorm ansteigen (Wissenschaft, Sozialversicherungen, Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Lasten der Bahnen usw.). Wenn in der Öffentlichkeit gesagt werden muss, dass das neue Flugzeug, einschliesslich der notwendigen Ausgaben für Ersatzteile und Infrastruktur, auf 25 bis 30 Millionen pro Stück zu stehen kommt, so wird dies heftige Reaktionen auslösen und zu einer Diskussion führen, die dem Ansehen des EMD nicht von Nutzen sein dürfte. Man wird es uns nicht glauben, dass wir keine andere Lösung gehabt hätten. Es müssen deshalb unbedingt weitere Apparate aufdatiert und in die nähere Prüfung einbezogen werden. Nach der Auffassung des Chefs des FZD kommt dafür der Milan in dieser Runde nicht in Frage. Der Jaguar ist noch zuwenig entwickelt, der Phantom ist ein offenbar zu schweres Ueberschallflugzeug. So bleiben der Skyhawk und der Fiat. Beide sind technisch gute Apparate und namentlich kostenmässig günstiger als der Corsair. Auch bezüglich der Lieferfristen dürfte eine Lösung möglich sein, die vertretbar ist.

Herr von Moos unterstreicht vorweg, dass der Bundesrat seines Erachtens in der heutigen Sitzung unbedingt zu einer Entscheidung über das weitere Vorgehen kommen muss. Auch er hält dafür, dass die Konzeption vom 6. Juni 1966 unverändert als Ausgangslage bleibt. Betrachtet man die Dinge in diesem Rahmen, steht eindeutig fest, dass der Corsair als ausgezeichnetes Flugzeug im Vordergrund steht. Auch wenn man weitere Typen aufdatiert, bleibt der Corsair unter den Spitzenreitern. Bezüglich der Kostenfrage hält Herr von Moos dafür, im Gegensatz zum Chef des FZD, dass die Kreditlimite von 1,3 Milliarden kein Tabu ist. Die entscheidende Frage ist die, ob man für das gleiche Geld im Falle der Wahl eines andern Flugzeugtyps eine wirksamere Verstärkung unserer Luftverteidigung erhält.

Die Frage muss geklärt werden, ob unter Umständen eine geringere Zahl von Flugzeugen des einen Typs einen besseren Schutz als eine grössere Zahl des andern gewährt. Bezüglich der Termine ist ebenfalls noch gründlich abzuwägen, ob eine eventuelle Verzögerung von 1-2 Jahren wirklich untragbar ist. Herr von Moos äussert sich dann auch zur Abgrenzung der Kompetenzen von Bundesrat und Parlament. Streng rechtlich gesehen verlangt doch der Bundesrat vom Parlament einen Kredit - hier für die Beschaffung von Kriegsmaterial - wobei nicht im vorneherein klar ist, ob dem Parlament auch die Bestimmung des zu kaufenden Flugzeugtyps zusteht. Diese Frage ist jedenfalls noch der Prüfung wert, wenngleich ihre praktische Bedeutung nicht zu überschätzen

- 3 -

ist. Bezüglich des Begehrens um Alternativen hält Herr von Moos dafür, dass es nicht in Frage kommen kann, vom Bundesrat aus dem Parlament einen Doppelvorschlag zu unterbreiten. Der Bundesrat selbst aber muss weitere Typen evaluieren, damit über diese andern Varianten genaue Auskunft erteilt werden kann. Welche Typen zusätzlich aufzudatieren sind, ist eine heikle Frage, zu der wohl in erster Linie nun einmal das EMD Stellung nehmen sollte. Es sollten ihrer aber mindestens zwei sein.

Auch Herr Bonvin ist überzeugt, dass an der Konzeption aus dem Jahre 1966 nichts geändert werden darf. Er hält aber dafür, dass das bisherige Vorgehen nicht in jeder Hinsicht glücklich war. Der Bundesrat wurde schon in jenem Moment, da man ihm erklärte, es kämen nur noch der Corsair und der Fiat in Frage, ausmanöviert. Wenn heute gesagt wird, dass keine weiteren Evaluationen möglich seien, so darf dies nicht akzeptiert werden. Wir stehen vor einer enormen Investition, die eine gründliche Vorabklärung erfordert. Bezüglich des Vorgehens im Parlament hält auch Herr Bonvin dafür, dass für den Bundesrat nur ein Einervorschlag in Frage kommt - er muss aber mindestens eine Reserveposition haben, über die ebenfalls erschöpfend Auskunft gegeben werden kann. Der Vorstoss von Herrn Nationalrat Schürmann ist sicher insofern gerechtfertigt, als er den Bundesrat vor einer kritischen Situation im Parlament bewahrt. Bezüglich des zu wählenden Flugzeugtyps ist die Frage Uberschall oder Unterschall nicht unbedingt von entscheidender Bedeutung. Es ist unter Umständen auch an einen Apparat zu denken, der mit der Bombenlast Unterschall fliegt, nach Abwurf der Bomben aber Uberschallgeschwindigkeit erreicht. Der Milan verfügt in dieser Hinsicht über viele Vorteile. Viele Fliegeroffiziere unterstützen ihn im übrigen deshalb, weil er in mancher Hinsicht die gleichen Elemente wie der Mirage besitzt. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, festzustellen, dass die Piloten diesmal nicht zum letzten Perfektionismus neigen. Sie scheinen vermehrt auch taktischen Ueberlegungen Bedeutung zuzumessen. Abschliessend unterstreicht Herr Bonvin, dass nun raschmöglichst die Experten-Gruppe für die Evaluation erneuert und erweitert werden sollte, damit sie den zusätzlichen Aufträgen, die ihr der Bundesrat erteilen muss, gewachsen ist.

Herr Brugger ist mit den Ausführungen von Herrn Celio einverstanden: Das neue Flugzeug muss ein Erdkämpfer sein, ein Unterschallflugzeug, es muss eine Flotte von mindestens 60 Apparaten beschafft werden können. Der Corsair erfüllt zwei dieser Voraussetzungen, und er steht und bleibt bestimmt unter den Spitzenreitern der Kandidaten. Ob er auch militärisch von gleich hervorragendem Nutzen ist, dürfte aber fraglich sein. Mit Recht ist schon mehrmals gesagt worden, dass nur Berufspiloten diesen Apparat voll ausfliegen können. Durchaus zutreffend sind auch die Bedenken bezüglich der Reaktion des Parlaments und der Öffentlichkeit, wenn der Bundesrat den Corsair in Vorschlag

bringt. Der Kostenpunkt spielt eben doch auch eine grosse Rolle. Unter den Anwärtern auf eine weitere Evaluation stehen zweifellos der Fiat und der Skyhawk im Vordergrund. Beim Fiat sind in der letzten Sitzung des Bundesrates Preisdifferenzen offengeblieben, die unbedingt abgeklärt werden sollten. Es dürfte aber als sicher feststehen, dass der Fiat billiger zu stehen kommt als der Corsair. Fiat und Skyhawk, für den diese Voraussetzungen ebenfalls zutreffen, dürfen deshalb als Alternativen zum Corsair betrachtet werden. Eine heikle Frage ist es aber, ob wir die gleichen Leute, die sich offenbar sehr manifest auf den Corsair festgelegt haben, mit der Evaluation dieser beiden zusätzlichen Typen betrauen dürfen. Muten wir damit diesen Leuten nicht zu, sich gewissermassen zu desavouieren?

Herr Graber unterstreicht einleitend die nicht alltägliche Problematik des zur Diskussion stehenden Geschäfts. Quantität und Qualität des zu beschaffenden Typs spielen ineinander hinein und erschweren an sich schon jeden Vergleich - dazu kommen die finanziellen und politischen Ueberlegungen, die die Sache noch mehr komplizieren. Schwierig ist der Entscheid des Bundesrates schliesslich noch dadurch geworden, dass sich das Parlament schon heute mit der Angelegenheit befasst - wobei man dem Parlament dafür aber nicht ohne weiteres einen Vorwurf machen kann. Sein Interesse ist wach geworden in dem Moment, als bekannt wurde, dass die Wahl praktisch bereits durch die technische Vorabklärung "gemacht" sei. Dieses Phänomen ist übrigens auch für den Bundesrat nicht besonders angenehm, wenn man ihm im vorneherein sagt, es gebe keine Alternativen und er habe gar keine Wahl. Was der Bundesrat durch den Evaluationsauftrag wollte, war doch die Vorlage einer umfassenden Dokumentation mit einer völlig neutralen Darstellung der Vor- und Nachteile der einzelnen Varianten. Dass die Gruppe für Rüstungsdienste (GRD) sich auf einen Typ festlegte, kann man ihr nicht übel nehmen; von dem Moment an aber ist die Neigung zu Vorurteilen gross - bei der GRD wie in den andern Gremien, die sich noch mit der Frage zu befassen haben. Herr Graber kommt dann auch auf die Frage der Fristen zu sprechen: Als er den Herren Schulthess und Studer in der letzten Sitzung die Frage vorlegte, ob im Frühjahr 1971 der Anschluss an die Corsair-Produktion wirklich definitiv verpasst sei, stellt man ein vielsagendes Schweigen fest. Herr Graber schliesst sich im übrigen den Bedenken von Herrn Brugger bezüglich der Auftragserteilung für die weitere Aufdatierung an die gleiche Equipe, die den Corsair in Vorschlag bringt, an. Kann man diesen Leuten zumuten, nun in völliger Sachlichkeit dem Bundesrat Unterlagen für die Erleichterung der Wahl eines andern Typs zu liefern?

- 5 -

Herr Bundespräsident Tschudi stellt fest, dass der Bundesrat in seiner heutigen Sitzung keinen Entscheid in materieller Hinsicht treffen muss. Ein Entscheid für oder gegen den Corsair noch vor den Ferien kommt überhaupt nicht in Frage. Nötig aber ist ein Entscheid über das weitere Vorgehen, ferner über die 12,5 Mio, die das EMD für die weitere Evaluierung des Corsair wünscht, und dazu kämen nun natürlich noch die Kosten für die Aufdatierung weiterer Typen gemäss der Diskussion im Rat. Das EMD wird dem Bundesrat einen neuen Antrag unterbreiten müssen - für die nächste Sitzung - unter gleichzeitiger Stellungnahme zur Frage, welche (zusätzlichen oder neuen) Personen mit der zusätzlichen Unterlagenbeschaffung betraut werden sollen.

Herr Gnägi nimmt zu den verschiedenen Voten Stellung. Was zunächst den Milan betrifft, kämen wir praktisch zu einer Eigenentwicklung der Schweiz, und die Unterhaltsarbeiten wären so teuer wie beim Corsair. Gegen diesen Typ spricht aber insbesondere die Tatsache, dass wir damit von der Konzeption von 1966 abweichen würden. Wenn das EMD am Corsair festhält, so mit Rücksicht auf seine bedeutenden technischen Vorteile, die seine kleinere Zahl vollauf kompensieren. Dazu kommt, dass er auch für Nachteinsätze brauchbar ist, was für keinen andern Typ zutrifft. Will man unbedingt auf weitere Typen greifen, so scheiden der Jaguar und der Phantom aus den schon wiederholt dargelegten Gründen aus. Es bleiben der Fiat, der Saab und der Skyhawk. Die Schwierigkeit liegt nun aber tatsächlich darin, ob die gleichen Leute, die den Corsair getestet haben, mit der Aufdatierung dieser zusätzlichen Typen betraut werden sollen. Es ist zu prüfen, ob dafür eine besondere Kommission geschaffen werden soll; ferner ist an den Einsatz von Professor Amstutz mit seinen Leuten zu denken. Das EMD wird die Sache klären und dem Bundesrat Antrag stellen. Der Auftrag sollte so abgefasst sein, dass dem Bundesrat auf Jahresende genügend Unterlagen zur Verfügung stehen, um ihm eine echte Wahl unter verschiedenen Typen zu ermöglichen. Es sollten aber auch die Kredite für den Corsair bewilligt werden, damit in der Zwischenzeit die Truppenversuche stattfinden können. Herr Gnägi nimmt im übrigen mit Genugtuung davon Kenntnis, dass offenbar der Bundesrat der Auffassung ist, es sei dem Parlament ein Einervorschlag zu unterbreiten, gestützt auf die zusätzlichen Unterlagen, die nun noch beschafft werden sollen. Bezüglich der Fristen hält der Chef des EMD dafür, dass ein Einfrieren des Corsair etwa für ein halbes Jahr - aber nicht länger - verantwortet werden könnte. Von einer Provokation des Parlaments durch das Vorgehen der GRD kann keine Rede sein, hingegen ist die Information der Oeffentlichkeit schlechthin vielleicht nicht mit der nötigen Systematik betrieben worden. Man wird daraus für die Zukunft gewisse Schlüsse zu ziehen haben.

Herr von Moos wird die Frage der Kompetenzabgrenzung Bundesrat/Parlament bei solchen Beschaffungsaufträgen - wenn ihr auch mehr akademische Bedeutung zuzumessen ist - doch noch einer nähern Prüfung unterziehen. Im übrigen beschäftigt ihn aber auch die personelle Seite der zusätzlichen Abklärung: Es ist undenkbar, dafür die gleichen Leute wie bisher einzusetzen. Könnte nicht mit Herrn Amstutz gleich die ganze Kommission für Flugzeugbeschaffung damit betraut werden? Herr Bonvin stellt noch zwei Fragen: Wenn der Milan nicht in Frage kommt - was hält man im EMD vom F 1, der nun entwickelt wird? Und wenn man sagt, der Phantom z.B. komme nicht in Frage, weil die Kavernen zu klein sind, begreift man dies nicht ohne weiteres, sind doch heute alle Kavernen voll, so dass für die neuen Apparate auch neue Kavernen gebaut werden müssen. Herr Gnägi hält den F 1 für einen aussichtsreichen Kandidaten der nächstfolgenden Serie, die zu beschaffen ist - in den Kavernen werden wir bis 1974/75 durch den Rückzug von Venoms Raum genug für die neuen Apparate bekommen. Herr Celio unterstreicht, dass er in der ganzen Entwicklung der Diskussion keinerlei Desavouierung des Rüstungschefs sieht. Es war aber vielleicht ein Fehler, dass das EMD nicht schon vor 2 Jahren, als man die starke Ueberschreitung des Finanzplanes vorausszusehen begann, den Bundesrat avisiert hat. Wäre dies geschehen, hätte der Bundesrat schon damals einen Grundsatzentscheid bezüglich der Kosten fällen und damit gewisse Arbeiten der GRD im vorneherein ersparen können. Bezüglich der 3 Apparate, die Herr Gnägi zusätzlich aufzudatieren bereit ist, sind für den Saab Bedenken am Platz. Es handelt sich hier beim neuen Typ um ein noch zu wenig entwickeltes Uebungsflugzeug. Die zusätzliche Aufdatierung sollte sich deshalb auf den Skyhawk und den Fiat beschränken. Warum lässt man von den Fiat, mit denen ein Evaluationsvertrag abgeschlossen worden ist, nicht einen Prototyp bauen? Angesichts der Bedeutung des Auftrages lassen sich für die drei damit in der engern Wahl bleibenden Typen Prüfungskosten von 20 - 30 Millionen sicher durchaus verantworten.

Herr Bundespräsident Tschudi stellt fest, dass damit die Diskussion geschlossen ist. Das EMD wird dem Bundesrat auf die nächste Sitzung die sich aus der Diskussion ergebenden Anträge unterbreiten.

## 2. Europäische Sicherheitskonferenz

Der Rat nimmt zustimmend Kenntnis von einem Bericht des EPD vom 6. Juli 1970 über den heutigen Stand der Vorbereitungsarbeiten und insbesondere auch über die Besprechungen mit dem österreichischen Bundeskanzler Kreisky zu diesem Thema. Man nimmt davon Kenntnis, dass Oesterreich schon in den nächsten Tagen seine Stellungnahme bekanntgeben wird - was die Schweiz anbetrifft, ist indessen vorgesehen, von unsern

- 7 -

Botschaftern in den interessierten Staaten noch ergänzende Unterlagen zu verlangen und alsdann definitiv Stellung zu beziehen. Herr Graber hält dafür, dass damit ein Entscheid des Bundesrates Ende August oder Anfang September möglich sein dürfte. Ein vom Politischen Departement in diesem Sinne vorbereitetes Pressecommuniqué wird verlesen und genehmigt.

### 3. Atomsperrvertrag / weitere Studien und Abklärungen

Das EPD hat dem Bundesrat unter dem Datum des 13. Juni 1970 einen vertraulichen Antrag über die weiteren Studien auf dem Gebiete der Uranprospektion und der Erforschung von Urananreicherungsverfahren unterbreitet, gestützt auf einen Auftrag des Rates vom 23. März 1970. Die Punkte 1 und 2 dieses Antrages (Aufträge an das Departement des Innern) werden genehmigt. Punkt 3 des Dispositivs, lautend wie folgt:

"Das Militärdepartement führt die im Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung vom 6. Juni 1966 (Seite 19/20) erwähnten Studien weiter."

wird gestrichen, und zwar mit der Begründung, dass es dafür gar keines besondern zusätzlichen Auftrages bedarf. Auf Antrag des EMD wird die Beschlussfassung in diesem Sinne im vorliegenden Protokoll festgehalten.

### 4. Teilrevision des Militärpflichtersatzes

Der Rat eröffnet die Aussprache über die zu fällenden Vorentscheide. Es wird beschlossen, am Militärpflichtersatz der Auslandschweizer grundsätzlich festzuhalten. Zu Differenzen zwischen dem EPD und dem FZD gibt indessen die Frage der Pauschalisierung, bzw. der Veranlagung Anlass. Der Rat eröffnet darüber die Aussprache, kann sie aber infolge der Verpflichtung des Chefs des EPD, der dienstlich verreisen muss, nicht abschliessen. Sie wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

### 5. Mutationen in höheren Kommando- und Dienststellen

Der Rat stimmt den Anträgen des EMD, die Herr Gnägi bereits an der letzten Sitzung vorgetragen hat, formell zu, allerdings unter Zurückstellung des Wechsels im Kdo der Grenzbrigade 10. Hierüber soll vor dem Entscheid des Rates nochmals mit dem Regierungsrat des Kantons Freiburg diskutiert werden.

Herr Bonvin gibt im übrigen zu Protokoll, dass er der Beförderung von Herrn Weidenmann zum Oberstdivisionär nicht zustimmt.

## 6. Revision des Arbeitszeitgesetzes

Grundlage der Aussprache bildet ein Bericht des VED vom 5. Juni 1970. Der Rat eröffnet kurz die Diskussion, die ebenfalls mit Rücksicht auf die beschränkt zur Verfügung stehende Zeit nicht abgeschlossen werden kann. Es wird aber immerhin festgestellt, dass die Unterlage noch erweitert werden muss, und zwar insbesondere durch Hinweise auf alle weiteren gesetzlichen Bestimmungen, die im Falle der Revision des Arbeitszeitgesetzes in irgend einer Weise tangiert werden. Ferner wünscht Herr Gnägi eine vollständige Auskunft über die Auswirkungen einer allfälligen Revision des Arbeitszeitgesetzes. In diesem Sinne wird der Chef des VED beauftragt, die Dokumentation im Hinblick auf die nächste Sitzung des Bundesrates vom 15. Juli 1970 noch zu ergänzen, wobei auf Abteilungsebene insbesondere noch mit dem BIGA und der Justizabteilung Fühlung genommen werden soll.

9.7.1970 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren:

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)